



Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik (I) – Die deutsche OSZE-Präsidentschaft

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker

Zum Mitnehmen

- Im Zuge der Ukraine-Krise erfährt die OSZE einen Bedeutungszuwachs als Dialogforum sowie als sicherheitspolitischer Akteur. Wenn Berlin den Vorsitz der Organisation im Januar 2016 übernimmt, sollte es diese Gelegenheit nutzen, um die OSZE institutionell zu festigen, ihr Profil zu schärfen und über aktuelle Konflikte hinaus zu denken.
- Deutschland sollte darauf hinwirken, dass die Durchsetzungsfähigkeit der OSZE gestärkt wird. Aus diesem Grund sollten die Möglichkeiten des Konsens-minus-eins Prinzips sowie der Suspendierung einzelner Mitglieder als Disziplinierungsmaßnahme betont werden. Dazu sind feste Verfahrensregeln und Anwendungskriterien zu entwickeln.
- Bei wiederholtem gravierendem Verstoß eines Mitglieds gegen die OSZE-Verpflichtungen sollte Deutschland darauf drängen, dass die OSZE den Friedensstörer sanktioniert. Um dies zu erwirken, könnte Deutschland als ultima ratio mit der Möglichkeit drohen, den Vorsitz aus Protest niederzulegen.
- Deutschland sollte den Vorsitz dazu nutzen, eine Zukunftsagenda für die OSZE zu entwerfen. Handlungsbedarf besteht vor allem im Bereich Bekämpfung transnationaler Bedrohungen, Ausweitung von Rüstungskontrolle, Stärkung von Medienfreiheit sowie Hinwendung zu „Frozen Conflicts“.

Vorwort: Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik

INHALT

- 2 | Vorwort:**
Deutsche Verantwortung in der internationalen Politik
 - 2 | Die deutsche OSZE-Präsidentschaft**
 - 3 | 1. Durchsetzungskraft stärken – Zwei Initiativen**
 - 4 | 2. Kohärenter Umgang mit Friedensstörern**
 - 5 | 3. Agenda-Setting zur Zukunftsgestaltung – Vier Punkte**
-

Deutschland muss mehr außenpolitische Verantwortung übernehmen. Das forderte Bundespräsident Joachim Gauck gemeinsam mit dem Außenminister und der Verteidigungsministerin auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang 2014. Ausgangspunkt der Debatte ist Deutschlands neue Stärke. Im Gegensatz zu anderen Ländern hat es die Wirtschafts- und Finanzkrise nahezu unbeschadet überstanden und ist ökonomisch gefestigt. Darüber hinaus weist Deutschland eine herausragende politische Stabilität auf. Aus dieser neuen Macht erwächst die Verantwortung, sich stärker als bisher für den Erhalt der liberalen Weltordnung einzusetzen, von der Deutschland als Handelsnation überdurchschnittlich stark profitiert. Angesichts der Kriege und Konflikte in Europa und seiner Nachbarschaft, in der Ukraine und im Nahen Osten, erfährt die Debatte über die neue deutsche Verantwortung in der internationalen Politik besondere Resonanz.

Wie soll aber konkret Deutschlands neue Verantwortung in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät, aussehen? Welche Instrumente sollen gestärkt werden? Und welche Initiativen sollte die Bundesregierung anstoßen und vorantreiben?

Vor dem Hintergrund dieser Debatte hat der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung drei Papiere erstellt. Diese beziehen sich auf die drei Bereiche, in denen die Übernahme von mehr Verantwortung besonders dringlich erscheint: die anstehende deutsche OSZE-Präsidentschaft (I) sowie die Themenfelder Partnerschaften (II) und Sicherheitspolitik (III). Der außenpolitische Nachwuchs gibt darin konkrete Anregungen, wie und wo „Verantwortung“ mit politischem Leben gefüllt werden kann.

Die deutsche OSZE-Präsidentschaft

„Dieses Europa navigiert durch äußerst turbulentes Fahrwasser. Wir haben innere und äußere Stürme zu bewältigen“, so leitete Außenminister Steinmeier seine Rede am 2. Juli 2015 vor dem Ständigen Rat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) in Wien ein. Die stürmischen Zeiten in Europa treffen mit einer intensiven Debatte über die neue deutsche Verantwortung zusammen. Im Januar 2016 wird Berlin den Vorsitz der OSZE übernehmen. Auch hier übernimmt Deutschland Verantwortung und sollte die Präsidentschaft der OSZE nutzen, um auf die Herstellung einer gesamteuropäischen Friedensordnung hinzuwirken.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und den dadurch möglich gewordenen Erweiterungen von EU und NATO wurde die Relevanz der OSZE, damals noch als Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bezeichnet, von zahlreichen politischen Akteuren in Frage gestellt. Trotz der historisch weitreichenden Rolle der Organisation im Entspannungsprozess der 1970er und 1980er Jahre wird die Struktur der europäischen Sicherheitsordnung heute in erster Linie in Brüssel und nicht in Wien gestaltet. Die zentrale Rolle der OSZE im andauernden Ukraine-Konflikt hat die öffentliche und politische Wahrnehmung der Organisation jedoch verändert: Die OSZE erfährt als Dialogforum und sicherheitspolitischer Akteur wieder mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung. Darin liegt eine große Gestaltungschance für den deutschen OSZE-Vorsitz. Erstmals seit zwei Jahrzehnten werden die institutionellen Möglichkeiten der OSZE nicht von der Frage nach ihrer Daseinsberechtigung überschattet. Dieses Zeitfenster sollte die deutsche Präsidentschaft für eine institutionelle Festigung und Schärfung des Profils der Organisation nutzen: Jene Bereiche, in denen die OSZE ein Alleinstellungsmerkmal aufweist, sollten gestärkt

Die Wahrnehmung der OSZE hat sich durch den andauernden Ukraine-Konflikt verändert: Erstmals seit zwei Jahrzehnten wird die Organisation nicht von der Frage nach ihrer Daseinsberechtigung überschattet.

werden. Gleichzeitig sollten Doppelstrukturen zu anderen Organisationen abgebaut und Themen abgestoßen werden, für die EU, Europarat, NATO oder die Vereinten Nationen tragfähigere Mandate und bessere Strukturen aufweisen. Insgesamt sollte Deutschland auch über die aktuelle Krise hinaus denken. Die nachfolgenden Empfehlungen sollen dazu beitragen, die OSZE zu stärken und zukunftsfähig zu machen.

1. Durchsetzungskraft stärken – Zwei Initiativen

Die OSZE hat ein Glaubwürdigkeits- und ein Durchsetzungsproblem. Ungelöste Territorialkonflikte, Demokratie- und Rechtsstaatlichkeitsdefizite in den östlichen Mitgliedsstaaten sowie der Krieg in der Ukraine sorgen dafür, dass die Organisation in den Augen zahlreicher Beobachter immer wieder an ihrem Anspruch einer gesamteuropäischen Friedensordnung scheitert. Die innere Verfasstheit der OSZE, allen voran die Tatsache, dass Entscheidungen nur im Konsens getroffen werden können, machen sie schwerfällig und führen im Konfliktfall häufig zu einer Lähmung der Organisation. Um die OSZE auch in Krisenzeiten schlagkräftiger zu gestalten, sollte die deutsche Präsidentschaft anhand von zwei Initiativen auf eine Stärkung der Durchsetzungskraft der OSZE hinwirken:

1.1 Konsens-minus-eins Prinzip und Suspendierung von Friedensstörern

Im „Prager Dokument über die weitere Entwicklung der KSZE-Institutionen und Strukturen“ von 1992 ist festgehalten, dass in „Fällen von eindeutigen, groben und nicht behobenen Verletzungen einschlägiger KSZE-Verpflichtungen“ Maßnahmen auch ohne den betroffenen Staat gefällt werden können. Mit diesem sogenannten Konsens-minus-eins Prinzip soll die OSZE jedoch nicht indirekt den inklusiven Charakter der Zusammenarbeit aufgeben und ihre Entscheidungen künftig mehrheitlich gegen den Willen eines Mitgliedes durchsetzen. Vielmehr können dadurch im Fall einer Friedensstörung innerhalb der Organisation alle bestehenden rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die OSZE mit funktionalen Instrumenten zur Reaktion auf interne und externe Sicherheitsrisiken auszustatten. Allein die bloße Verfügbarkeit und Androhung des Konsens-minus-eins Prinzips könnte bereits eine disziplinierende Wirkung entfalten. Darüber hinaus sollten für den Fall, dass dies nicht ausreichend wirkungsvoll sein sollte, Regeln und Prozesse für die Suspendierung einzelner Mitglieder etabliert werden. Als Präzedenzfall ist hier auf den Ausschluss Jugoslawiens aus den KSZE-internen Planungen zu verweisen, der im Mai 1992 vollzogen wurde.

Deutschland sollte während seiner Präsidentschaft darauf hinwirken, dass Anwendungskriterien und allgemeine Verfahrensregeln für beide Maßnahmen entwickelt werden. Gleichwohl gilt, dass die Anwendung des Konsens-minus-eins Prinzips und die Suspendierung eine absolute Ausnahme darstellen sollten, auf die nur bei einer erheblichen Verletzung der europäischen Friedensordnung zurückgegriffen werden kann.

1.2 Aufrüsten der Friedensmissionen

Die Friedensmissionen der OSZE müssen personell und materiell besser ausgestattet werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte anstoßen, dass insbesondere die zivilen Missionen, die in Kampfgebieten stattfinden, mit militärischen Komponenten versehen werden. In der Vergangenheit sind zivile Beobachter in umkämpften Gebieten immer wieder in Situationen mit Gefahr für Leib und Leben

Die OSZE-Missionen sollten personell und materiell besser ausgestattet sowie mit militärischen Komponenten versehen werden.

geraten. Um Missionen robuster zu gestalten, sollten zum Beispiel Mitarbeiter mit leichten Waffen zur Selbstverteidigung ausgestattet und Drohnen zur Vorortaufklärung eingesetzt werden. Nur mit ausreichender technischer Unterstützung können OSZE-Missionen in Gebieten, in denen militärische Operationen stattfinden, effektiv ausgeführt werden. Gleichzeitig sollten Beobachter-Verträge möglichst über die jeweilige Mandatslaufzeit hinaus gestaltet werden, um die Arbeitsfähigkeit der Missionen zu garantieren. Um zu gewährleisten, dass die OSZE die Rolle eines neutralen Akteurs einnehmen kann, die für erfolgreiche Friedensmissionen unerlässlich ist, sollte sich Deutschland im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sich direkt und indirekt in den Konflikt involvierte Staaten nicht an OSZE-Missionen beteiligen dürfen – weder technisch noch personell. Diese notwendige Maßnahme kann in strittigen Fällen nur durch das Konsens-minus-eins Prinzip garantiert werden und zeigt, welche essentielle Bedeutung das Prinzip für die Handlungsfähigkeit der OSZE als neutraler Akteur hat. Die Anpassungen werden dauerhaft zur Stärkung von Glaubwürdigkeit und Durchsetzungskraft der OSZE-Missionen beitragen können.

2. Kohärenter Umgang mit Friedensstörern

Entscheidend für die internationale Glaubwürdigkeit der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist der kohärente Umgang mit Friedensstörern, die die europäische Werte- und Sicherheitsordnung und damit auch die Legitimität der OSZE untergraben. In Folge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim wurde Russland nicht nur mit einer Reihe von Wirtschaftssanktionen belegt, sondern zusätzlich aus der Gruppe der G8 ausgeschlossen. Gleichwohl die OSZE eines der wenigen verbliebenen Dialogforen mit Russland ist, sollte die Organisation mit Blick auf ihre wichtige Rolle in der Konfliktregion Ostukraine nicht zu einem Forum für eine Appeasement-Politik gegenüber Russland reduziert werden. Stattdessen sollten im Falle eindeutiger und andauernder, grober Verletzungen einschlägiger OSZE-Verpflichtungen in letzter Konsequenz weitere Schritte gegen Friedensstörer in Erwägung gezogen werden, wie das bereits diskutierte Konsens-minus-eins Prinzip und eine Suspendierung Russlands. Sollten sich die OSZE-Staaten nicht darauf einigen können, eine Suspendierung von Friedensstörern anzustreben, könnte Deutschland als ultima ratio die Niederlegung des OSZE-Vorsitzes in Erwägung ziehen.

Die Niederlegung des Vorsitzes wäre ein starkes Signal. Ein solcher Schritt ist in der Geschichte der OSZE präzedenzlos und kann zu einer zeitweiligen Beeinträchtigung der Arbeitsweise der Organisation führen. Er hätte jedoch eine starke internationale Symbolwirkung. Zum einen würde Deutschland klar signalisieren, dass die Handlungen des Friedensstörers nicht mehr hinnehmbar sind und eine Fortführung der Gespräche im Rahmen der OSZE ernsthaft überdacht werden muss. Zum anderen kann mit diesem Schritt internationaler Druck auf den Friedensstörer aufgebaut werden, was in der Folge zu einer Verhaltensänderung beitragen könnte. Im Falle Russlands könnte eine solche drastische Maßnahme zudem die Kritik an einer zu laxen Russlandpolitik Berlins entkräften und zu einer Ansehenssteigerung der deutschen Außenpolitik gegenüber den ost(mittel)europäischen Staaten beitragen. In jedem Fall wäre eine begleitende politische Unterstützung dieses Schritts durch die deutsche Regierung und andere OSZE-Staaten erforderlich, damit er politisch wie medial nicht als Flucht aus der Verantwortung fehlinterpretiert wird. Die politische Deutungshoheit im Nachhinein ist daher von ebenso großer Bedeutung wie der Schritt der Vorsitzniederlegung selbst. Politische Deutungshoheit kann erreicht werden, indem ein im Vorfeld organisiertes breites Bündnis an OSZE-Staaten die Niederlegung des Vorsitzes unterstützt und diese einheitlich politisch und medial nach außen kommuniziert.

Die Niederlegung des Vorsitzes würde einen Präzedenzfall schaffen und den internationalen Druck auf den Friedensstörer erhöhen.

3. Agenda-Setting zur Zukunftsgestaltung – Vier Punkte

Um das Profil der OSZE zu schärfen und sie als glaubwürdigen und effizienten Akteur zu etablieren, sollte Deutschland über die bereits formulierten Empfehlungen hinaus einige weitere Punkte auf die Agenda des Vorsitzes setzen: Berlin sollte erstens den politischen Verhandlungs- und Konsultationsrahmen der OSZE stärken, zweitens die Abkommen zur Rüstungskontrolle neubeleben (politisch-militärische Dimension), drittens das Instrumentarium an nicht-militärischen Komponenten ausbauen (menschliche Dimension) sowie viertens Gestaltungsmöglichkeiten nutzen und „Frozen Conflicts“ auf dem Gebiet der OSZE erneut angehen.

3.1 Transnationale Bedrohungen in den Fokus rücken

Der politische Verhandlungs- und Konsultationsrahmen, das Herzstück der OSZE, wurde zuletzt durch politische Polarisierung geschwächt. Verlorenes Vertrauen wiederherzustellen, muss eine Priorität für den deutschen Vorsitz sein. Dazu sollte Berlin gezielt transnationale Bedrohungen wie die organisierte Kriminalität in den Fokus rücken, die für alle Teilnehmerstaaten gleichermaßen von Bedeutung sind und gemeinschaftlicher Analysen und Antworten bedürfen. Von einer verstärkten Zusammenarbeit in diesem Bereich – etwa durch den Austausch von Informationen über Strukturen und Verfahren krimineller Netzwerke und gemeinsame Trainingsmaßnahmen – würden alle Teilnehmerstaaten profitieren. Gleichzeitig könnte dadurch auf der Arbeitsebene neues Vertrauen aufgebaut werden. Auch die von Deutschland mit initiierte „Gruppe von herausragenden Personen“, die aktuell Vorschläge zur Förderung der kooperativen Sicherheit in Europa erarbeitet, wird hierzu einen konkreten Beitrag leisten.

Von einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich transnationale Bedrohungen, etwa durch den Austausch von Informationen über kriminelle Netzwerke, würden alle OSZE-Staaten profitieren.

3.2 Rüstungskontrollen ausweiten und stärken

Mit Blick auf die politisch-militärische Dimension sollte sich Deutschland außerdem dafür einsetzen, die Transparenzvereinbarungen des Wiener Dokuments zu erweitern und die Initiative gemeinsam mit Russland wiederzubeleben. Hier kann die OSZE als Katalysator für Anpassungsabkommen für konventionelle Rüstungsbeschränkungen in Europa dienen. Der Vertrag über den Offenen Himmel mit den Möglichkeiten gegenseitiger Beobachtungsflüge muss gestärkt werden: Die Quoten für Überprüfungsbesuche an den Standorten sollten erhöht und der Wirkungsraum des Wiener Dokuments auf Führungs- und Logistiktruppen sowie Truppen für innere Sicherheit, Milizen und paramilitärische Verbände ausgeweitet werden. Unterstützt werden sollte dies durch die Ausweitung der Beobachtungszeiten und der Zahl der Inspektoren. Die Praxis der vergangenen Monate hat gezeigt, dass das Instrument trotz des andauernden Krieges in der Ukraine weiterhin Wirkungskraft entfaltet. So wurde beispielsweise von russischer Seite auf Grundlage des Dokuments die Beobachtung von Trainingsmaßnahmen der NATO eingefordert, was als Zeichen eines grundsätzlichen Interesses an einem weiteren Austausch gewertet werden kann. Zwar scheint die eingeforderte Transparenz im konkreten Fall zunächst nur Russland zu dienen, aber das russische Interesse an einem fortbestehenden Zugang zu somit gewonnenen Informationen könnte größer sein als das Bestreben, den anderen OSZE-Partnern im Gegenzug das gleiche Recht zu verwehren. Langfristig sollte die OSZE zudem auf eine Verbesserung des Krisenmechanismus durch gegenseitige Verpflichtungserklärungen der mitwirkenden Staaten gegenüber dem Wiener Dokument hinwirken.

3.3 Medienfreiheit und Minderheitenschutz stärken

Vor dem Hintergrund zunehmender „Informationskriegsführung“ und Übergriffe auf Journalisten ist es wichtiger denn je, die Freiheit der Medien zu schützen.

In der menschlichen Dimension sollte die deutsche Präsidentschaft sich dafür stark machen, die Mandate der Beauftragten für Medienfreiheit und der Hohen Kommissarin für nationale Minderheiten auszubauen. Vor dem Hintergrund zunehmender „Informationskriegsführung“ und Übergriffen auf Journalisten ist es heute wichtiger denn je, die Deutungshoheit über politische Entwicklungen zu bewahren und auf die Stärkung objektiver Medienberichterstattung sowie den Schutz von Journalisten vor Willkür und Gewalt hinzuwirken. Nur unter diesen Bedingungen kann freie Meinungsbildung und politische Teilhabe an Entscheidungsprozessen ermöglicht werden. Deutschland sollte sich für eine bessere finanzielle Ausstattung der OSZE-Medienbeauftragten einsetzen, damit Feldoperationen auf möglichst alle OSZE-Staaten ausgeweitet werden können und keine weißen Flecken auf der OSZE-Landkarte bleiben¹. Im Kontext des Minderheitenschutzes sollte die OSZE eine neutrale Bestandaufnahme der Lebenswirklichkeit von Minderheiten in den verschiedenen Ländern sicherstellen, um die politische Instrumentalisierung von Minderheiten zu verhindern und Konflikten vorzubeugen. Beide Instrumente sind angesichts der Herausforderungen in der Region von zentraler Bedeutung. Eine geographische Ausweitung und bessere finanzielle und personelle Ausstattung von Überprüfungsmissionen erhöht die Transparenz und Glaubwürdigkeit der OSZE. Eine höhere Präsenz der OSZE in den Mitgliedstaaten verbessert insbesondere das System zur Frühwarnung in den Bereichen des Minderheitenschutzes und der Überwachung und Förderung von Medienfreiheit sowie die Konfliktprävention in der Region.

3.4 Hinwendung zu „Frozen Conflicts“

Auch wenn eine schnelle Lösung im Falle der „frozen conflicts“ nicht zu erwarten ist, sollten die Verhandlungen fortgeführt werden – auch mit Blick auf die Symbolwirkung für den Ukraine-Konflikt.

Deutschland sollte alle verfügbaren Gestaltungsmöglichkeiten des Vorsitzes nutzen, um die OSZE als Akteur der Konfliktprävention sichtbar zu machen und zu stärken. Darüber hinaus sollte Deutschland im Sinne eines strategischen Agenda-Settings den Blick auch erneut auf bereits schwelende Konflikte wie in Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Bergkarabach lenken und neue, regionale Initiativen erarbeiten, um diesen Konflikten zu begegnen. Im Transnistrien-Konflikt sollte die Zahl der Verhandlungsrunden im 5+2-Format unter der Beteiligung von OSZE, Moldau, Transnistrien, Russland, Ukraine sowie EU und USA als Beobachter wieder erhöht werden, um zu zeigen, dass die OSZE auch vor lang andauernden Konflikten nicht resigniert. Selbst wenn schnelle Lösungen nicht zu erwarten sind, hat die Fortführung der Verhandlungen eine wichtige Symbolwirkung, insbesondere vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Ostukraine. Im Südkaukasus sollte sich Deutschland eng mit der Schweiz koordinieren, die bis Ende 2015 den Sonderbeauftragten des OSZE-Vorsitzenden für den Südkaukasus stellt und sich während ihres Vorsitzes 2014 intensiv mit den Konflikten in Südossetien, Abchasien und Bergkarabach befasst hat. Auf diese Weise können Kontinuität und Innovation im Krisenmanagement und der Friedenssicherung bestmöglich kombiniert werden.

Um eine weitere Eskalation dieser eingefrorenen Konflikte zu verhindern, sollten zudem regelmäßig OSZE-Missionen die Konflikttherde besuchen und im Sinne der bereits thematisierten Empfehlung vor allem über die Lage von Minderheiten sowie die Einhaltung von Medienfreiheit berichten. Nur auf diese Weise kann eine objektive Grundlage für weitere Verhandlungsrunden der Konfliktparteien gesichert werden.

Sollte es Deutschland im Sinne der dargelegten Empfehlungen gelingen, im Rahmen seines OSZE-Vorsitzes eine Profilschärfung und verbesserte Funktionalität der OSZE – insbesondere im Umgang mit Friedensstörern – zu erreichen, kann sich die OSZE wieder zu einer tragenden Säule der europäischen Friedensordnung entwickeln.

Gleichzeitig würde Deutschland seinem wiederholt formulierten außenpolitischen Anspruch der „neuen Verantwortung“ gerecht werden und könnte seine außenpolitische Gestaltungsmacht im europäischen Sicherheitsgefüge festigen.

- 1| Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, aktuell Dunja Mijatovic, beobachtet die Medienlandschaft in den OSZE-Staaten und übernimmt eine Frühwarnfunktion bei Verletzungen der Medien- und Pressefreiheit. Bei Verstößen nimmt sie Kontakt zu den betroffenen Mitgliedstaaten und Konfliktparteien auf und bietet Hilfestellungen zur Konfliktlösung an. Darüber hinaus ist die OSZE in einigen OSZE-Staaten wie Kosovo, Serbien, Kasachstan oder Moldawien mit Missionen zum Aufbau unabhängiger Mediensysteme und der Überwachung von Reformen vertreten (vollständige Liste unter <http://www.osce.org/where>). Eine entsprechende, längerfristige OSZE-Präsenz wäre auch in anderen Staaten sinnvoll, um die Glaubwürdigkeit und Transparenz der OSZE zu erhöhen und die Selbstverpflichtungen der Mitgliedstaaten zur Einhaltung von Medienfreiheit im Rahmen ihrer OSZE-Mitgliedschaft zu überprüfen. Eine solche Kontrollfunktion wäre insbesondere in Ländern wie Aserbaidschan, Belarus, Georgien, der Türkei, der Mongolei und Russland, in denen immer wieder Verstöße gegen die Medienfreiheit festgestellt werden, dringend geboten.

Autorinnen und Autoren

Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung

Informationen unter
www.kas.de/jungeaussenpolitiker

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Ansprechpartner:

Dr. Patrick Keller

Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik

Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Telefon: +49(0)30/26996-3510

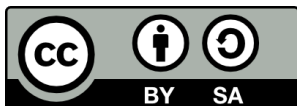
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Kontakt zum Thema Publikationen:

publikationen@kas.de

ISBN 978-3-95721-157-6



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)

www.kas.de

Bildvermerk Titelseite
© picture-alliance/dpa,
Foto: Mikhail Sokolov